

„Der Tisch, an dem Ihr Abgang verhandelt wird“

Beim öffentlichen Dialog riefen StudentInnen Nicaraguas Präsident Daniel Ortega zum Rücktritt auf

Von Ralf Leonhard

„Das ist kein Dialogtisch, sondern ein Tisch, an dem Ihr Abgang verhandelt wird.“ Der Student Lesther Alemán wurde zum Star des Tages, als er Nicaraguas Präsident Daniel Ortega die Position der Protestbewegung entgegenschleuderte. Der Nationale Dialog, der am Mittwoch in Managua begann, war in der Tat kein Diskussionsforum, sondern eine Abfolge von Monologen, bei der Ortega nach Meinung von Teilnehmern keine gute Figur machte.

Ortega, der mit seinem Auftritt Gerüchten entgegentrat, er sei nach Kuba geflohen oder gar gestorben, wirkte müde und gealtert. Seine Ehefrau, Vizepräsidentin Rosario Murillo, an jedem Finger fünf Ringe und auch sonst äußerlich schrill wie immer, erschien wie die Karikatur ihrer selbst. „Erstmals seit seinem Amtsantritt 2007“, so die oppositionelle Tageszeitung *La Prensa*, „musste sich Ortega einem Auditorium stellen, das nicht vom Propagandaapparat seiner Frau und Vizepräsidentin kontrolliert war.“ Die Bischofskonferenz und der Unternehmerverband hatten darauf bestanden, dass auch die rebellische Zivilgesellschaft in Gestalt von Studenten, Intellektuellen und Bauern eingeladen werde. Seit 18. April haben Proteste gegen die Regierung über 50 Todesopfer und eine hohe Zahl an Verletzten gefordert. Die meisten durch Schüsse der Polizei und Prügel regierungstreuer Schlägertrupps, wie Menschenrechtsorganisationen dokumentiert haben.

„Wir haben die Toten und Verschwundenen gestellt“, sagte Lesther Alemán an Ortega und Murillo gerichtet. „Ergebt euch dem Volke!“ In den ersten Tagen hatte man zahlreiche Vermisste gemeldet, die in den Gefängnissen vermutet wurden. „Wir werden beweisen, dass es keine Verschwundenen und nicht einen Gefangenen gibt“, sagte Ortega: „Alle wurden bereits freigelassen.“ Die Todesopfer bedauerte er, allerdings sei die Polizei Opfer einer Kampagne geworden. „Sie hat den Befehl, nicht zu schießen.“

Noch am Vortag hatte es allerdings Tote und Verletzte in den Städten Matagalpa und Sébaco gegeben. In Sébaco und der Provinzstadt Jugalpa hatten sich katholische Bischöfe und Priester schützend vor Demonstranten gestellt, um die Polizei von weiterer Repression abzuhalten. Die Videoaufnahmen, die davon in den sozialen Medien zirkulieren, tragen zur weiteren Isolierung des Regimes bei.

Wenn der Dialog am Freitag in die zweite Runde geht, wird man sehen, ob die Verhandlungspartner einander näher kommen oder weiter unvereinbare Positionen austauschen.

Der Moment, der alles änderte: Ein Mann in Teheran sieht am 8. Mai Donald Trumps Rückzug aus dem Atomabkommen  
Foto: Ahmad Halabsiaz/Xinhua/imago

EU aktiv gegen US-Sanktionen

„Blocking Statute“ soll Iran-Geschäfte schützen. Westbalkan soll gebunden werden, aber ohne schnelle Beitrittsversprechen

Zur Rettung des Atomabkommens mit dem Iran wird die EU ein Gesetz zur Abwehr von US-Sanktionen reaktivieren. Das sogenannte „Blocking Statute“ werde am Freitagvormittag auf den Weg gebracht, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Donnerstag nach einem EU-Spitzenreffen in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Das „Blocking Statute“ war 1996 erstmals eingeführt worden, um US-Sanktionen gegen Iran und Kuba abzuwehren. Dem Statut nach geht die EU gegen Firmen vor, die sich an den US-Sanktionen beteiligen und etwa geplante Geschäfte mit dem Iran abbrechen.

Bereits zuvor hatten die 28 EU-Staaten bekräftigt, trotz des US-Ausstiegs am Atomabkommen mit dem Iran festzuhalten. „Alle in der EU teilen die Meinung, dass dieses Abkommen nicht vollkommen ist, aber dass wir in diesem Abkommen bleiben sollten“, sagte Kanzlerin Angela Merkel am Mittwoch zu Beginn des Gipfeltreffens. Die Gespräche mit dem Iran über dessen Raketenprogramm oder seine Rolle in der Region sollten

auf der Basis dieses Abkommen geführt werden.

Die US-Regierung droht nach der Wiedereinführung amerikanischer Sanktionen gegen Iran auch Firmen aus Drittstaaten mit Strafen, wenn sie sich nicht an die US-Vorgaben halten. Dies kritisierte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in Sofia. Es gehe um die „wirtschaftliche Souveränität der EU“, die verteidigt werden müsse.

Der Iran hatte zuvor von der EU praktische Lösungen gefordert. „Das Treffen mit der EU in Brüssel war nur eine positive politische Botschaft und ein guter Anfang – der aber reicht nicht aus“, sagte Außenminister Mohamed Dschawad Sarif nach Angaben der Tageszeitung *Etemad* vom Donnerstag. Teheran müsse sich ja entscheiden, ob es sich lohne, im Atomabkommen von 2015 zu bleiben oder nicht. „Dafür brauchen wir logischerweise praktische Maßnahmen, die wir der Führung in Teheran vorweisen können damit die sich dann entscheiden“, sagte der iranische Chefdiplomat.

Zum eigentlich geplanten Gipfelthema beschlossen die

Gipfelteilnehmer, die Länder des Westbalkans stärker an sich binden zu wollen, ohne schnelle Beitritte zu versprechen. Die EU-Staats- und Regierungschefs verabschiedeten am Donnerstag eine Erklärung, welche die „uneingeschränkte Unterstützung für die europäische Perspektive“ bekräftigt. Konkrete Beschlüsse mit Blick auf eine EU-Mitgliedschaft gab es jedoch nicht. Im Zentrum steht die EU-Unterstützung beim Ausbau der Infrastruktur in der Region des ehemaligen Jugoslawiens. Serbien, Montenegro, Mazedonien und Albanien sind bereits seit mehreren Jahren Beitrittskandidaten, Kosovo und Bosnien-Herzegowina führt die EU als „potenzielle Kandidaten“.

Als Ziel nennt die „Sofia-Erklärung“ den Ausbau der Beziehungen in den Bereichen Verkehr, Energie, digitale Netze, Wirtschaft und Gesellschaft. Verstärkt werden soll auch die Kooperation „bei der Eindämmung illegaler Migrationsströme“, bei Terrorismusbekämpfung und Radikalisierung. (afp, dpa, rtr)

meinung + diskussion 12



taz genossenschaft

Unser Ziel ist immer die nächste Etappe.

Wir suchen unser 18.000stes Mitglied!



Demokratische Gesellschaften brauchen eine unabhängige Presse.

Mit einem Beitrag ab 500 €\* können Sie MiteigentümerIn der taz werden. Unter allen InteressentInnen verlosen wir ein taz Rad!

\*zahlbar auch in 20 Raten à 25€

taz Verlagsgenossenschaft eG  
T (030) 2590 22 13 | F (030) 2590 25 16  
E-Mail geno@taz.de  
www.taz.de/genossenschaft

taz-Rad-Verlosung

Die Euphorie in Simbabwe ist vorbei

Mugabe-Getreue fordern Präsident Mnangagwa offen heraus. Auch bei der Opposition kriselt es

Aus Harare  
Marcus Mushonga und  
Danai Mwarumba

Krisen in den beiden wichtigsten Parteien Simbawes, der regierenden Zanu-PF (Simbabwe Afrikanische Nationalunion/Patriotische Front) und der oppositionellen MDC (Bewegung für Demokratischen Wandel) erzeugen Zweifel daran, dass das Land im Juli tatsächlich seine ersten wirklich fairen und freien Wahlen erleben wird. Im November 2017 wurde der langjährige Präsident Robert Mugabe von der Armee abgesetzt und durch Emerson Mnangagwa ersetzt, im Februar diesen Jahres starb MDC-Führer Morgan Tsvangirai – aber weder Mnangagwa noch der neue MDC-Chef Nelson Chamisa sind in ihren Parteien unangefochten.

In der MDC gibt es verbreitet Kritik an den Wahlkampfversprechen Chamisas: ein Netz von Hochgeschwindigkeitszügen

und ein Rauswurf chinesischer Investoren zugunsten eines Hilfspakets von 15 Milliarden US-Dollar von Donald Trump. MDC-Anhänger bezeichnen Chamisa dafür als „Lügner“ und „Witzfigur“.

In der Zanu-PF formieren sich Anhänger des gestürzten Mugabe und vor allem seiner Ehefrau Grace Mugabe gegen den neuen Präsidenten Mnangagwa. Der Mugabe-treue frühere Minister Jonathan Moyo meinte, Zanu sei mit Mugabes Sturz „gestorben“ und könne jetzt nur noch an der Wahlurne „beerdigt“ werden. Eine Splitterfraktion des Mnangagwa-treuen Kriegsveteranenverbandes will unter der Parole #OperationJuntaMustFall eine Gruppe namens „Kinder des nationalen Befreiungskriegsveteranenverbandes“ (COZWA) mobilisieren. COZWA-Vorsitzender Munyaradzi Shoko sagt: „Wir sind bereit, Zanu-PF zu bekämpfen. Wir kennen alle ihre Tricks.“

Die Mnangagwa-Gegner sehen sich bestätigt durch die sehr umstrittenen Vorwahlen innerhalb der Zanu-PF zur Aufstellung der Parlamentskandidaten Ende April. Unter anderem schaffte es der einflussreiche Vorsitzende des Kriegsveteranenverbandes und Präsidentenberater Chris

Es gibt Zweifel, dass das Land im Juli tatsächlich seine ersten fairen und freien Wahlen erlebt

topher Mutsvanga nicht auf Anheb, für seinen Wahlkreis Norton neu aufgestellt zu werden. Die Parteiführung musste die Vorwahl wiederholen lassen mit Mutsvanga als einzigem Kandidaten, um ihm doch noch seinen Sitz zu sichern. Insgesamt waren die Vorwahlen von Stimmenkauf, Gewalt und

Kongo  
Ebola erreicht Provinzhauptstadt

Der in der Demokratischen Republik Kongo festgestellte neue Ebola-Ausbruch hat die Provinzhauptstadt Mbandaka erreicht. Eine Erkrankungsfälle in einem der drei Gesundheitsbezirke von Mbandaka, Hauptstadt der Provinz Équateur wurde nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO in Wangata bestätigt. Alle derzeitigen Verdachtsfälle kamen aus Kirchen in Mbandaka, berichteten Ärzte und schätzten, der Kranke habe mit mindestens 300 Menschen Kontakt gehabt. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus berief eine virtuelle internationale Notfallsitzung für Freitag ein. Bei dem Ausbruch handele es sich um den gleichen Virusstamm wie bei der verheerenden Ebola-Epidemie in Westafrika 2013–14. (afp, dpa, taz)

Sambia  
HipHop-Sänger Pilato in Haft

In Sambia regt sich Kritik gegen die Festnahme eines berühmten Musikers. Der 34-jährige HipHop-Sänger Fumba Chama, als „Pilato“ bekannt, wurde am Mittwoch am internationalen Flughafen der Hauptstadt Lusaka festgenommen, als er nach vier Monaten Exil aus Südafrika heimkehrte. Er wurde am Donnerstag einem Richter vorgeführt und bleibt zunächst in Gewahrsam. Pilato hatte Sambia im Januar verlassen, nachdem sein Lied *Koswe Mumpoto* (Ratte im Topf) der herrschenden Schicht vorgeworfen hatte, Nahrung zu stehlen wie Ratten. Die Regierung von Präsident Edgar Lungu hatte das auf sich bezogen und das Lied verboten, der Musiker war bedroht worden. Deprose Muchena von Amnesty International forderte die sofortige Freilassung des Sängers: „Pilato ist kein Krimineller, er ist Aktivist und Künstler.“

Arnold Mulenga, Lusaka